

Sozialdemokrat

Zentralorgan d. Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei i. d. Tschechoslowakischen Republik.

Einzelpreis 70 Heller.
(Einschließlich 6 Heller Post.)

Erscheint mit Ausnahme des Montag täglich früh.

Redaktion u. Verwaltung: Drag 11, Telčanská 15 • Leipzig: 20705, 31400, Nachdruck (49 21 117): 53556 • Postfachamt: 97344

12 Jahrgang.

Mittwoch, 14. Dezember 1932

Nr. 294.

Auch die Tschechoslowakei zahlt!

Am 15. Dezember 1,5 Millionen Dollar.

Washington, 13. Dezember. (Reuter.) Staatssekretär Stimson überreichte heute dem tschechoslowakischen Gesandten die ablehnende Antwort auf die zweite Note der Tschechoslowakei in der Schuldenfrage. Die amerikanische Antwort ist ganz ähnlich jener, welche Großbritannien in der Schuldenangelegenheit gesandt wurde.

Der tschechoslowakische Gesandte erklärte, daß die Tschechoslowakei am 15. Dezember die Rate von 1,5 Millionen Dollar bezahlen werde, höherer aber neuerlich den Wunsch, daß eine Revision der Schuldenabkommen erfolgen möge.

Belgien zahlt nicht!

Brüssel, 13. Dezember. In seiner heutigen Sitzung befähigte sich das Kabinett mit der am 15. Dezember fälligen Kriegsschuldenszahlung an Amerika und beschloß einstimmig, die Dezember-rate nicht zu zahlen.

Einflüchtige wundern sich.

New York, 13. Dezember. Einem Bericht des Reuter-Büros zufolge sollen zahlreiche Mitglieder des Kongresses übermäßig gewesen sein, als sie vernahmen, daß die Bewirtlichung der Ratenzahlung zum 15. Dezember tatsächlich mit ernstlichen wirtschaftlichen Schwierigkeiten verbunden sein könnte. Die Erkenntnis, daß diese Schwierigkeiten ebenschnell in gleicher Weise auch in Amerika fühlbar werden könnten, hat in Kongresskreisen ebenfalls einen starken Eindruck hervorgerufen. Es wird die Überzeugung immer größer, daß die Ratenzahlung auf die Kriegsschulden am 15. Dezember L. J. die letzte sein werde.

Um die Aufhebung der Notverordnungen

Berlin, 13. Dezember. Wie BDI erfährt, beschloß der Haushaltsausschuß des Reichstages, am Schluß seiner Debatte mit 24 Stimmen der Nationalsozialisten, Sozialdemokraten und Kommunisten die Annahme eines sozialdemokratischen Antrages, wonach die Notverordnung vom 14. Juni 1932 „zur Erhaltung der Arbeitslosenhilfe und Sozialversicherung“ außer Kraft zu setzen ist. Alle anderen Parteien erklärten sich an der Abstimmung nicht beteiligen zu wollen.

Neue Unruhen in Spanien.

Paris, 13. Dezember. „Journal“ berichtet aus Madrid: Von Tag zu Tag mehren sich in Spanien die durch extreme Elemente provozierten Attentate und Exzesse. In Murcia kam es gestern zu einem Zusammenstoß zwischen Bergarbeitern und der Zivilgarde. Bei diesem Zusammenstoß wurden zwei Personen getötet und acht verwundet, hiebei vier schwer. In Castellón kam es nach einem Volksmeeting zu einem Zusammenstoß zwischen Sozialisten und Radikalen, bei dem drei Personen getötet und 14 verletzt wurden. Kleinere Zusammenstöße werden noch aus weiteren neun spanischen Städten gemeldet.

Die „fort“schreitende Abrüstung...

Genf, 12. Dezember. Die Vertreter der fünf Mächte trafen am 16. Jänner in London zusammen, um verschiedene Angelegenheiten im Zusammenhang mit der gestrigen Erklärung über die Gleichberechtigung in der Sicherheit und in der fortschreitenden Abrüstung zu regeln. An den Verhandlungen wird auch Arthur Henderson in seiner Eigenschaft als Vorsitzender der Abrüstungskonferenz teilnehmen.

Einigen schneidet nach der andern

Genf, 13. Dezember. Das Büro der Abrüstungskonferenz, an dessen Sitzung zum erstenmal seit Juli wieder ein deutscher Vertreter teilnahm, hat heute beschlossen, dem Hauptausschuß eine Entschließung vorzuschlagen, in der das Ergebnis der fünfjährigen Besprechungen begrüßt und die Bereitschaft zu einer wirksamen Durchführung der Konferenzarbeiten ausgesprochen werden soll.

Die nächste Sitzung des Büros soll dann am 23. Jänner n. J., die nächste Sitzung des Hauptausschusses am 31. Jänner stattfinden.

Herriot wird gestürzt?

Kammerausschüsse für Auschub der Zahlung. Entscheidende Abstimmung erst in den Morgenstunden.

Paris, 13. Dezember. Die Regierung hat in dem heutigen Kabinettsrat einmütig beschlossen, auf ihrer bisherigen Politik in der Kriegsschuldenfrage zu beharren. Der von der Regierung ausgearbeitete Text der Note an Amerika ist von der Regierung der Kammer vorgelegt worden und muß sowohl von der Deputiertenkammer als auch vom Senat angenommen werden, um Wirksamkeit zu erlangen. Falls das Parlament diesen Text nicht genehmigt und die Regierung gestürzt werden sollte, wird die Ratenzahlung am Donnerstag nicht durchgeführt werden, weil ein gestürztes Kabinett nur die laufenden Angelegenheiten weiterführen darf, aber nicht berechtigt ist, einen neuen initiativen Schritt zu unternehmen.

Die von der Regierung vorgeschlagene Note lautet:

1. Die französische Regierung nimmt Kenntnis von der Antwort des Staatssekretärs Stimson vom 8. ds., in der die Regierung der Vereinigten Staaten die Möglichkeit einer Prüfung aller Elemente einräumt, die die französische Forderung und ihre Behandlung durch den Kongreß und das amerikanische Volk betreffen.

2. Die französische Regierung verlangt die unverzügliche Eröffnung von Verhandlungen, um einen Zustand abzuhandeln, der bereits jetzt im Widerspruch zu der tatsächlichen Lage steht, wie sie durch das auf Verlangen des Präsidenten Hoover bewilligte Moratorium sowie durch die Maßnahmen geschaffen wurde, die eine Folge des Moratoriums waren und die die Aussetzungen der Reparationszahlungen betreffen.

3. Die französische Regierung wird am 15. ds. 19.261.432,50 Dollar bezahlen, verlangt aber, daß diese Zahlung in dem zu erzielenden neuen Abkommen in Rechnung gestellt werde.

4. Die französische Regierung hat die Ehre, der Regierung der Vereinigten Staaten davon in Kenntnis zu setzen, daß Frankreich, solange der durch das Moratorium geschaffene Zustand besteht, außerstande sein wird, sowohl in rechtlicher als auch in tatsächlicher Hinsicht die Kosten einer Regelung weiter zu tragen, die nicht gerechtfertigt werden könnte durch die Streichung der Reparationen, wenn nicht eine neue allgemeine Regelung der internationalen Schulden geschaffen wird.

Nachmittags erstattete Herriot den vereinigten Außen- und Finanzausschüssen der Kammer einen Bericht. Der Finanzausschuß genehmigte nach kurzer Debatte den ersten, zweiten und dritten Absatz des Regierungstextes.

Lehnte aber den dritten Absatz, welcher die Mitteilung enthält, daß Frankreich die Schuldentrate zahlen wird, mit 28 gegen 9 Stimmen ab.

Der Hauptberichterhatter des Finanzausschusses, der Deputierte Lamoureux wurde mit 20 gegen 13 Stimmen beauftragt, zugleich mit dem radikal-

alen Deputierten Bergery einen neuen Resolutionsentwurf auszuarbeiten, der die Regierung auffordert, die Rate vom 15. Dezember solange aufzuschieben, bis eine neue internationale Konferenz der Schuldner und der Gläubiger die Frage der internationalen Schulden definitiv regeln werde.

Der Außenaußschuß der Kammer lehnte den gesamten Regierungsentwurf mit 26 gegen 9 Stimmen ab und beauftragte den Deputierten Bergery, im Plenum den Antrag zu vertreten, dessen Autor er ist.

Die Stimmung in der Kammer am Nachmittag bestätigte die Worte, die am Vormittag der sozialistische „Populaire“ geschrieben hat: „Wenn nichts Unvorhergesehenes geschieht, wird die Regierung heute eine Niederlage erleiden“. Die Sozialisten verbarrierten auf ihrem ablehnenden Standpunkte und hielten sich in den Sitzungen des Außen- und des Finanzausschusses durchwegs gegen den Regierungsvorschlag.

Die Nachmittags-Sitzung der Kammer wurde mit einer Kundgebung des Führers der Radikalen Louis Marin eingeleitet.

Nach der Rede Marins wurde die Sitzung auf eine Stunde unterbrochen.

Nach Wiederaufnahme der Sitzung um 17 Uhr 30 gab der Generalberichterhatter Lamoureux die Entscheidung der vereinigten Ausschüsse für Finanzen und Außenwärtige Angelegenheiten bekannt, die sich in der Pause dahin geeinigt haben, daß die Zahlung der Dezember-rate aufgeschoben werden soll, bis die Regierung der Vereinigten Staaten sich zu der Einberufung einer Konferenz, auf der das gesamte Schuldenproblem zu regeln wäre, bereit erklärt habe. Die Kammer könne die Zahlung vom 15. Dezember nicht einmal mit Vorbehalten mehr annehmen.

Die Erklärung Lamoureux' wurde auf sofortigen Vorkauf mit ungeheurem Beifall aufgenommen.

Herriot hat vor Wiederaufnahme der Sitzung die radikale Kammerfraktion ermahnt, ihn anzuhören. Ueber diese Sitzung wird bekannt, daß Herriot seine Fraktionsgenossen beschwor, für die Regierung zu stimmen. Die Fraktion hat grundsätzlich beschlossen, die Regierung zu unterstützen; sie wird aber diejenigen ihrer Mitglieder, die darum ersuchen, ermächtigen, sich der Stimme zu enthalten.

Auf Grund eines radikalen Antrages mußte später doch wieder die Regierungsvorlage in Beratung gezogen werden.

Herriot dürfte, falls nicht inzwischen die Fraktionen ihre Haltung geändert haben, die Verzögerung stellen. Der als Gegenentwurf eingebrachte Regierungstext wird in diesem Falle mit großer Mehrheit abgelehnt werden, und die Regierung wird dann gezwungen sein zurückzutreten.

Bis Blattschluß ist in der Kammer über das Schicksal der vorgeschlagenen Note an Amerika, in der die Zahlung angekündigt werden soll, und damit über das Schicksal des Kabinetts Herriot noch keine Entscheidung gefallen.

London lenkt ein.

London, 13. Dezember. Das Amtliche Britische Radio teilt den Inhalt der neuen britischen Antwort-Note auf die Note der Vereinigten Staaten mit:

Die Note besagt: Die britische Regierung wünscht nachdrücklich zu erklären, daß der Zweck ihrer früheren Note an die Vereinigten Staaten der gewesen ist, ihren Standpunkt zur Durchführung der Zahlung der Rate vom 15. Dezember darzulegen sowie die Umstände darzulegen, unter denen sie sich entschlossen hat, diese Rate zu bezahlen. Der Zweck ihrer Note war es aber nicht, sich mit Fragen zu befassen, welche die verfassungsrechtliche Stellung der Regierung der

Vereinigten Staaten berühren würden. Daher müsse diese Note nur dahin beurteilt werden, daß sie den von der britischen Regierung nach rechtlicher Überlegung eingenommenen Standpunkt klarstellen wollte. Die Regierung ist also entschlossen, den Vereinigten Staaten am 15. Dezember unter den in der britischen Note enthaltenen Voraussetzungen zu zahlen, und müsse sich das Recht vorbehalten, auf diese Bedingungen zurückzukommen, sobald die Gesamtverhandlungen über die Schuldenfrage, zu denen die Regierung der Vereinigten Staaten ihre Zustimmung gegeben habe, beginnen würden. Die britische Regierung betone ausdrücklich, daß die möglichst baldige Aufnahme dieser Verhandlungen von äußerster Wichtigkeit sei.

Für den Ausbau der Gewerbeinspektion.

In der Tschechoslowakei gibt es nach den letzten amtlichen Ausweisen 118.651 Betriebe, welche pflichtgemäß der Unfallversicherung unterliegen. Alle diese Betriebe sollen von 29 regulären und vier Spezial-Gewerbeinspektoren kontrolliert werden. Dabei ist auch der Personalstand der Inspektorate trotz mancher Verbesserungen, die im Laufe des letzten Jahres erfolgten, absolut ungenügend, so daß die Beamten beim besten Willen nicht jene Anzahl von Inspektionen leisten können, die notwendig wäre. Wir haben schon einigemal darauf hingewiesen, daß es nicht genügt, wenn kaum ein Viertel der in Betracht kommenden Betriebe einmal im Jahre kontrolliert wird, während zwei Prozent der Betriebe zweimal und nur ein halbes Prozent dreimal inspektiert wurden. Das ist reichlich wenig. Erfährt man allerdings, daß 87 Beamte über 25.000 Inspektionen durchzuführen und daneben über 11.000 verschiedener Kommissionen mitmachen müssen, so darf man wohl anerkennen, daß hier viel Arbeit geleistet wird, die weit über die Kräfte der mit der Gewerbeinspektion betrauten Beamten geht. Im Durchschnitt entfallen beinahe 600 Besuche und Kommissionen auf einen Beamten jährlich, fast zwei pro Tag, woraus wohl klar ersichtlich ist, daß besonders auch bei dem territorialen Umfang der Inspektionsstatione eine Mehrleistung ganz ausgeschlossen ist.

Raum sind aber besonders in der Zeit der Wirtschaftskrise die Aufgaben der Gewerbeinspektoren wesentlich größer als das normalerweise schon der Fall ist. Die Gewerbeinspektorate sollen nicht nur die Betriebsinspektionen durchführen, sondern auch in Arbeitsstreitigkeiten aller Art vermitteln und man darf im Allgemeinen sagen, daß sie diese ihre Aufgabe loyal und ordentlich erfüllen. Da wir keine Schlichtungsinstanzen haben, wie sie in Deutschland bestehen — die Gewerkschaften lehnen sie auch nach den trübten Erfahrungen in Deutschland ab — kommt hier den Gewerbeinspektoren eine ziemlich bedeutende zu. Oft genug ist die erste Aussprache zwischen den beiden Parteien auf dem neutralen Boden des Gewerbeinspektorates entscheidend für eine Überbrückung der Gegensätze und es wird zum mindesten einer unnötigen Verschärfung vorgebeugt.

Der anerkanntswerten Initiative des Ministeriums für Soziale Fürsorge ist es zu danken, daß an den Sitten der Gewerbeinspektorate auch die Beratungsstellen für Jugendliche geschaffen wurden, denen die Gewerbeinspektoren ebenfalls ihre Aufmerksamkeit widmen sollen und deren Vorherrschaft sie sind. Zieht man nun noch in Betracht, daß die Unternehmer erfahrungsgemäß gerade in der Zeit der Krise mit den sozialpolitischen Schutzmaßnahmen den größten Mißbrauch treiben und sie konsequent umgehen, sowohl was die Arbeitszeit als auch die hygienischen und sonstigen Schutzmaßnahmen betrifft, wobei sie darauf spekulieren, daß die Arbeiter in dieser Zeit weniger obdachlos sind, so sieht man ohne weiteres ein, daß ein Ausbau der Gewerbeinspektion unerlässlich ist.

Es ist daher erstreblich, daß in der letzten Zeit die Gemeindefache Landeszentrale der freien Gewerkschaften dieser Frage eine erhöhte Aufmerksamkeit widmet und vor allem eine Vermehrung der Inspektionskreise anstrebt. Ebenfalls wie die feineren Gewerbeinspektorate die Gewerbeinspektorate zu einer Zeit erhöht, da die Industrie beinahe nicht so entwickelt war wie heute. Es soll nach dem Antrag der Landeszentrale die Zahl der Gewerbeinspektorate in der ganzen Republik von 29 auf 51 erhöht werden, wodurch eine bessere Einteilung und eine intensivere Tätigkeit ermöglicht würde. In Böhmen soll die Zahl der

Inspektorate von 14 auf 27 erhöht werden u. zw. durch die Errichtung neuer Inspektorate in Klodno, Laun, Raudnitz, Benešov, Kolín, Taus, Klattau, Písek, Nachod, Deutsch-Brod, Leitmeritz, Komotau und Eger. In Mähren wären nach dem Antrag 5 neue Inspektorate zu errichten u. zw. in Jhlau, Prošný, Goding, Píra und Reutischin, wodurch sich die Zahl der Inspektorate von 8 auf 13 erhöhen würde. Ganz schlimm sind die Dinge in der Slowakei und in Karpathoruthland, wo die Inspektoren wegen der räumlichen Ausdehnung ihrer Bezirke einfach nicht mitkommen können, was sich denn auch die Unternehmer weidlich zu Nutzen machen. Hier scheint auch noch der Antrag der Gewerkschaftszentrale ungenügend, wenn sie die Errichtung von drei neuen Inspektoren in Tyrnau, Sillein und Michalovec fordert, da es dann in der ganzen Slowakei immer erst 9 Inspektorate gäbe. Dasselbe gilt für Karpathoruthland, wo neben dem einzigen bisher bestehenden Inspektorat in Uzhorod ein zweites in Rusakovo errichtet werden soll. Es ist auf das dringendste zu fordern, daß die Anträge der Gewerkschaftszentrale so rasch wie möglich verwirklicht werden, damit wir zu einer wirklich leistungsfähigen Gewerbeinspektion kommen, die dem oft unverantwortlichen Treiben der Unternehmer ein Ende bereiten könnte. Daß die Inspektorate besonders in personeller Hinsicht entsprechend ausgestattet werden müssen, bedarf keiner besonderen Betonung. Erst dann, wenn ein Unternehmer immer erwarten muß, daß eine unangemeldete Inspektion erfolgen kann, wird er den sozialpolitischen Schutzgesetzen mehr Achtung entgegenbringen als bisher.

Freilich genügt auch die bisherige Form der Gewerbeinspektion nicht und es muß darauf hingearbeitet werden, daß wir zu einer wirklichen Arbeitsinspektion gelangen, bei der neben technischen und medizinischen Fachleuten auch Mitarbeiter aus den Kreisen der Arbeiterschaft herangezogen werden. In verschiedenen Städten Nordböhmens hat man seinerzeit mit den fliegenden Kommissionen der Arbeiter gute Erfahrungen gemacht; sie sind dann von den Behörden aufgelöst worden, als sie den Unternehmern allzu unbequem wurden. Gegenwärtig hat der Prager Magistrat im Einvernehmen mit der Prager Kreisgewerkschaftskommission verschiedenen gewerkschaftlichen Vertrauensmännern Legitimationen ausgefolgt, die sie zur Kontrolle der Betriebe bei der Einhaltung der Arbeitszeit ermächtigen. Das ist aber kein genügendes Fundament für eine so wichtige Tätigkeit und hier muß durch ein entsprechendes Gesetz Sorge dafür getragen werden, daß die Arbeitsinspektion gleichmäßig und allgemein ausgebaut wird. So viel wir wissen, beschäftigt sich das Ministerium für Soziale Fürsorge mit dieser Sache und bereitet die Vorlage eines Entwurfes vor, so daß vielleicht doch in absehbarer Zeit eine Regelung erfolgt.

Ganz unhaltbar ist aber der gegenwärtige Zustand, wo die Gewerbeinspektoren nicht die geringste Exekutivgewalt haben. Daher rührt ein Großteil der Beschwerden der Arbeiterschaft. Der Gewerbeinspektor kommt und stellt fest, daß der Unternehmer das Gesetz über die Arbeitszeit oder über die Schutzmaßnahmen

verlezt hat. Nun kann er dem Unternehmer nicht sogleich eine fühlbare Strafe diktiert, sondern er muß bei der Bezirksbehörde eine Anzeige erstatten, die dann monatelang liegen bleibt und schließlich in einem Ausmaß verhängt wird, daß es eher einer Prämierung für die Verletzung des Gesetzes gleichkommt. Unter Umständen beruft dann der Unternehmer noch an die Landesbehörde und es dauert ein Jahr und länger, bis er dann seine 50 oder 100 Kronen Strafe bezahlt hat. Inzwischen konnte er das Gesetz nach Belieben übertreten. Sollen Strafen für Gesetzesübertretungen wirksam sein, so müssen sie sofort und in entsprechender Höhe verhängt werden. Daher muß in erster Linie der Gewerbeinspektor die

Befugnis erhalten, eine fühlbare Geldstrafe auszusprechen. Dann werden es sich die Unternehmer wohl überlegen, systematisch die Gesetze zu übertreten und sogar noch Arbeiter zu entlassen, die sich weigern, diese Gesetzesübertretungen mitzumachen. Es sind drängende Probleme, um die es sich hier handelt und ihre Lösung vermag keinen Ausschub. Sollen die Gewerbeinspektorate in dieser schweren Zeit allen ihren Aufgaben gerecht werden, dann sind rasche Maßnahmen erforderlich, die nicht nur im Interesse der Arbeiterschaft, sondern vor allem auch im Interesse des Staates und der Erhaltung der öffentlichen Ruhe und Ordnung notwendig sind.

Wo herrscht die größte Arbeitslosigkeit?

Von 23 Bezirken Böhmens, die mehr als 5.000 Arbeitslose haben, sind 20 mit deutscher Mehrheit!

In der böhmischen Landesvertretung hat der Landespräsident unter anderem auch einen Bericht über die Arbeitslosigkeit in Böhmen vorgelegt. Danach betrug die Anzahl der Arbeitslosen am 31. Oktober 1932 297.881, am 30. November 1932 336.504. Die Zunahme betrug daher 38.623 oder 12,96 Prozent. In Böhmen befinden sich fünf Landesarbeitsämter, und zwar in Prag, Pilsen, Reichenberg, Königgrätz und Budweis. Es betrug die Anzahl der Arbeitslosen im Bereiche des Prager Amtes 41.235, des Pilsener 90.424, des Reichenberger 138.496, des Königgrätzer 44.777, des Budweiser 21.772. Man sieht also, innerhalb des Gebietes des Reichenberger Zentralarbeitsamtes war die Anzahl der Arbeitslosen am größten. Nach den einzelnen Berufsgruppen entfielen auf die Textilindustrie 51.537 Arbeitslose, Hilfsarbeiter und Tagelöhner 47.142 Arbeitslose, Metallindustrie 40.783, Stein-, Erden- und Glasindustrie 34.123, verschiedene Berufe 25.309 Arbeitslose.

Am bemerkenswertesten ist die Verteilung der Arbeitslosen auf die einzelnen Bezirke. Wir führen sie der Reihe nach an, wobei wir alle Bezirke nennen, die mehr als 5000 Arbeitslose haben. Es sind dies: Prag 18.297, Gablonz a. R. 14.393, Pilsen 13.438, Böhm.-Leipa 10.747, Teplitz-Schönau 10.144, Komotau 9630, Tetschen 9589, Karlsbad 9504, Brüx 8912, Friedland 8045, Reuditz 7806, Aussig a. E. 7371, Reichenberg Stadt 6790, Tuz 6622, Trautenau 6308, Grotzsch 6379, Schluckenau 6158, Elbogen 6125, Semil 5900, Aich 5613, Rumburg 5560, Eger 5401, Braunau 5485.

Es gibt also in Böhmen 23 Bezirke, in denen Ende November mehr als 5000 Arbeitslose gezählt wurden. Von diesen 23 Bezirken sind nicht weniger als 20 Bezirke mit deutscher Mehrheit, denen nur drei tschechische Bezirke gegenüberstehen. Das ist wohl die treffendste Illustration dazu, daß die deutschen Gebiete der Republik weit mehr als die tschechischen unter der Wirtschaftskrise und Arbeitslosigkeit zu leiden haben.

Japan bleibt unnachgiebig

Tokio, 13. Dezember. (Reuter.) Der britische Botschafter hat eine freundschaftliche Demarche bei der japanischen Regierung unternommen und sie ersucht, in der aller kürzesten Zeit die Genfer Forderung nach Freisetzung einer Schiedsgerichtskommission, die den Mandchurei-Konflikt bereinigen würde, anzunehmen. Die Demarche zeitigte keinen Erfolg. Nach der Sitzung des japanischen Kabinetts wurde an die japanische Delegation in Genf die Instruktion erteilt, die Beteiligung an der Schlichtungskommission abzulehnen.

Beziehungen zwischen China und Rußland

den Japanern unerwünscht

Tokio, 13. Dezember. (Reuter.) Die neuerliche Anknüpfung von Beziehungen zwischen den Sowjets und China hat in Japan einen ungünstigen Eindruck hervorgerufen. Dies geht aus der Erklärung einer bedeutenden Persönlichkeit, die der Regierung angehört, hervor. Der japanischen Anschauung zufolge haben sich hier Strömungen verknüpft, die eine große Gefahr für den Frieden darstellen. Japan werde begreiflicherweise auf das entschiedenste gegen sie auftreten.

Trotsky, der Konterrevolutionär.

Trotsky, der Mitarbeiter Lenins, der Schöpfer der Roten Armee, der Besieger der Gegenrevolution, für den jeder Revolutionär, wenn er auch seine Ansichten nicht teilt, Hochachtung empfindet — was ist er den Kommunisten? Diese Frage beantwortete das Erschließ der Berliner „Roten Fahne“ bei Trotskys Europareise:

„Mister Trotsky, der Propagandareisende der Interventionstreiber... Die Bourgeoisie läßt sich die Propagandareise ihres Agenten einige Tausender kosten... Die Tätigkeit dieses konterrevolutionären Renegaten und Propagandareisenden internationalen Bourgeoisie... Der tiefe Fall dieses jämmerlichen Verräters... Interventionstheorie gegen die Sowjetunion... Trotskys Propagandareise für die Bourgeoisie...“

Weil Stalin Trotsky in Acht und Bann getan hat, fällt diese Meute über ihn her. Würde der Verbannte wieder in Gnaden aufgenommen werden, würde sie ihn mit Lobhudelein überschütten. Es ist aber ehrenvoller, von ihr beschimpft zu werden.

Böhmische Landesvertretung.

Prag, 13. Dezember. Heute fand eine Sitzung der böhmischen Landesvertretung statt, die in wenigen Stunden eine ziemlich umfangreiche Tagesordnung erledigte. Von allgemeinerem Interesse war ein Bericht des Landesausschusses über die Fürsorge für Alkoholiker, wozu die Landesvertreter Dr. Rásek (tschechischer Nationalsozialist) und Genosse Krejčí sprachen. Dr. Rásek empfahl die Schaffung eines Entmündigungsgesetzes, Genosse Krejčí stellte den Antrag, den Landesausschuss zu beauftragen, wegen Uebernahme der einzigen, in Böhmen bestehenden Trinkerheilanstalt in Tuzl bei Pilsen in die Verwaltung des Landes zu verhandeln. In überzeugender Weise legte Genosse Krejčí die Notwendigkeit einer Landesanstalt für Trinkerfürsorge dar. Er führte u. a. aus:

Es sei einfach undenkbar, daß das Land Böhmen in dieser Zeit dem Problem der Trinkerheilfürsorge durch ständige Verschiebung der in der Landesvertretung gestellten Anträge auskommen könne. Es muß endlich einmal zur Tat geschritten werden, damit den unglücklichen Menschen, die der Alkoholismus in der Zeit der Wirtschaftskrise besonders schwer trifft, geholfen werden kann. Denn Alkoholiker sind Kranke, und Kranken muß die Gesellschaft beistehen. Es geht nicht an, daß man auch fürderhin durch den Staat, das Land und die niederen Selbstverwaltungsvorgänge den Ärmsten der Armen Millionen und Abermillionen von Kronen beim Ausschank von Alkohol abnimmt, ohne daß auch nur der geringste Betrag von diesem Sündengeld verwendet würde, um die Opfer des Alkoholismus wieder zu nützlichen Gliedern der menschlichen Gesellschaft zu machen. Wenn der Staat, vor allem das Land, andere Anstalten zu erhalten in der Lage ist, dann wird sie zweifellos auch eine Trinkerheilanstalt verwalten können.

Der Antrag Krejčí wurde dem Landesausschuss zugewiesen.

Zum Schluß wurde ein Antrag gestellt, wonach die Landesangestellten im heurigen Jahre keine Weihnachtsgelöner ausgezahlt werden soll. Von 84 anwesenden Landesvertretern stimmten für diesen Antrag nur 33, so daß der Antrag abgelehnt wurde.

Gemeindevahl in Auschowitz. In dem Marienbader Arbeiterort Auschowitz fand am Sonntag die Gemeindevahl statt, deren Ergebnis folgende politische Kräftegliederung brachte: Sozialdemokraten 625 Stimmen — 8 Mandate (bisher 10 Mandate), Nationalsozialisten 603 — 8 (5). Ein Mandat gewannen die Nazis durch die Koppelung mit den übrigen Bürgerparteien, weil sie den größten Stimmenrest aufwiesen. Kommunisten 199 — 2 (2), tschechische Liste 94 — 1 (1), Deutsche Gewerkschaft 270 — 3 (früher bei einer bürgerlichen Wahlgemeinschaft), Christlichsoziale 424 — 4, unpolitische Einheitspartei 131 — 2, Bund der Landwirte 158 — 2. Unsere Partei weist gegenüber der letzten Gemeindevahl einen ganz geringen Stimmenzuwachs auf. Der Verlust der zwei Mandate erklärt sich demnach lediglich aus der Erhöhung der Wähler- und Mandatsziffer, was allerdings besagt, daß unsere Partei an dem Wählerzuwachs nicht in einer der früheren Stärke entsprechenden Weise partizipiert.

Fortsetzung des Sibirien-Prozesses am 15. Dezember. Die Wiederaufnahme des Prozesses gegen Sibirien und Sirovsky nach einer einwöchigen Unterbrechung wurde entgegen dem ursprünglich angesetzten Datum des 14. Dezember auf Ersuchen des Staatsanwaltes auf Donnerstag, den 15. d. M., 9 Uhr vormittags, anberaumt.

19

Franz Heller:

Der k. u. k. Sanitätsdickus

„Sie scheinen sich also mit diesem Kapitel intensiv beschäftigt zu haben, also sagen Sie mir, kurz zusammengefaßt, was Sie von der Cholerabehandlung wissen, nur das Wichtigste.“

„Kurz zusammengefaßt, das Wichtigste: Schnaps ist gut für Cholera.“

„Mehr fällt Ihnen nicht ein?“

„Momentan nicht.“

„Bodanere.“ Der mangelnde Patriotismus aufgeblähter Universitätsprofessoren verleitete den höheren militärischen Jüvel von Emils Studienurlaub, dafür aber hatte sich jemand anderer gefunden, der nicht jögerte dem wissenschaftlichen Heroismus Emils Anerkennung zu zollen, nämlich Herrleben. Was ist aus ihm geworden? Zu Semendelieferungen konnte er sich nicht mehr entschließen, er sagte den Herren bei der Intendant: „Bei die heutige Zeiten kann zu Ihre Preise liefern nur wer da ist ein Gauner, denn er kann nur liefern Schund, und das macht ein realer Kaufmann nicht.“ Um aber doch dem Wasserlande irgendwie dienlich zu sein, ohne materielle Verluste oder Einbuße an Freiheit zu riskieren, hatte Herrleben ein Unternehmen gegründet, „Aktiengesellschaft zur Erzeugung und Propagierung patriotischer Kriegs- und Militärbedarfartikel“. Wie er in den Prospekten ankündigte, fand man in dem Unternehmen alles, was der Soldat zur erfolgreichen Kriegsführung braucht, in eleganter, patriotischer Ausstattung. Also zum Beispiel ein Taschenmesser, natürlich mit einer passenden Gravierung: Den Stahl in den Leib des Feindes, in das Taschenmesser ein Blechfling. Der der Soldat braucht Briefpapier, auch da fehlte es nicht an dem ermahrenden Leit-

spruch auf der Kassetten: Schreibe oft, aber kurz, halte die Penur nicht auf — ich bin gesund, mir geht es gut. Das genügt und du sparst Papier und Blei für den Umichlag. Und Herrleben ging es gut, er sparte Papier und Blei für den Umichlag. Ein Soldat braucht eine Taschenlampe, Instruktion: Die Liebe zu Gott, Kaiser und Vaterland leuchte uns voran. Und die Liebe leuchtete für die Batterie.

Sin und wieder, mein Gott, warum sollte man so etwas verheimlichen, auch der Soldat ist bis zu einem gewissen Grade, das heißt in einer gewissen Beziehung nur ein Mensch, also hin und wieder benötigte man in einem Stoppunternehmen eine Dame. Herrleben kam auch da nicht in Verlegenheit und lieferte prompt. Das Sprüchlein lautete vorne: sparet mit dem Fleische, hinten: Gott strafe England.

Nun aber heißt es, der weitblickende General denkt beim Vormarsch auch ein wenig an den Rückzug, und wenn der Soldat ins Feld zieht, muß er auch ein wenig auf den Heimweg bedacht sein. In diesem Bedenke braucht er vor allem passende Krankheiten. Bei Herrleben konnte man eben alles kaufen. In einer Blechkonferve gab es einen Krantzig, der auf die Wange gepakt, nach zwei Stunden Krantzig vortauschte; eine strobgefärbte Flüssigkeit, nach Entfaltung des Klappchens bei der Warobendvisite präsentiert, sicherte die Diagnose Puderkrantzig, eine grünlich opalisierende Lunte mit einem schmalen Gefrorenenlöfchen ins Ohr gedrückt Mittelohrentzündung und so fort lauter Artikel, die stark gefordert und gerne bezahlt wurden. Aber bekanntlich ist im Kriege jede große Entdeckung alsbald von der Erfindung entsprechender Abwehr- und Gegenmittel gefolgt und daher sah sich Herrleben genötigt, um seine Kriegskrankheitenabteilung auf der Höhe zu erhalten, einen tüchtigen Leiter anzustellen. Er ließ Emil ein Angebot unterbreiten, welches aus zwei Gründen vorzuziehen war. Erstens eröffnete sich Emil hier ein seiner Intelligenz an-

gemessenes Wirkungsfeld, wo ihm kein Universitätsprofessor etwas weismachen konnte und zweitens bedeutete die Anstellung für die Dauer der Unentscheidbarkeit in dem vaterländischen Unternehmen Enthebung vom Militärdienst. Diese Begünstigung hatte der Inhaber des Unternehmens nur unter sehr schweren Opfern erreicht, indem er das Rote Kreuz an seinem Reingewinn prozentuell beteiligte. Emil hatte kurz entschlossen angenommen und mußte seinen Entschluß nicht bereuen. Mit dem neuen Chef war ein leichtes Arbeiten, denn dieser beschränkte seine Tätigkeit auf die Preisalkulation und das Einstreichen des Geldes, im übrigen beließ er Emil vollkommen freie Hand.

Eines Tages erschien auch Oberleutnant von Burdack, der Vorgesetzte weitland seiner Exzellenz des Herrn Divisionärs. Herrleben blieb einen scharfen Blick für seine Kunden. Diesen seinen Herrn empfing er zwar respektvoll, doch ohne jene verständnisvolle Vertraulichkeit, die erfahrungsgemäß die Vorbedingung für das Zustandekommen eines so heißen geschäftlichen Abchlusses darstellt. Dem Oberleutnant fiel es sichtlich schwer, die Junge zu lösen. Nun, Herrleben hatte Zeit. Er offerierte seinen neuesten Schloßer, eine Aufsichtskarte mit einem vaterländischen Gedicht, beistellt: So wird es kommen. Burdack hätte sich, an dem Gedicht Kritik zu üben, es war ja auch wirklich schön:

Serbien wird sterben,
Rumänien wird sich schämen,
Italien wird bezahlen.

Immerhin gab er deutlich zu verstehen, daß er sich wegen eines Gedichtes niemals so weit weggenommen hätte, um Herrleben die Hand zu reichen.

„Vielleicht vaterländische Wertpapiere oder Lose, da wäre eine wunderbare Kollektion: Nicht an die Güter hänge dein Herz.“ Gelangweilt winkte der Oberleutnant ab und brachte verlegen hüpfend endlich sein Anliegen vor: „Nicht, daß

ich laginieren wollte, aber sehen Sie, es ist zu dumm, da freut man sich, eine Krankheit zu haben und die Ärzte, diese Idioten, finden sie nicht.“

„Nicht möglich!“

„Sollte man meinen, aber es ist doch so; ich habe einen schwachen Magen.“

„Allerdings auch e schwache Kränk.“

„Nun, so lange der Onkel Armeekommandant war, hatte ich eine Schwere nicht nötig gehabt, ich habe mit ihr immer mein Auskommen gefunden.“

„So hat also Exzellenzleben, den Herrn Armeekommandanten, auch das Schicksal erreicht, ja, mit die österreichischen Generale ist es nicht anders; jeder genießt eine Weile und der liebe Herrgott ewig, aber ich sage, so lange Oesterreich Kriege führt, wird ein tüchtiger Mensch nicht verhungern, nur mit die Kränk, wenn ich mir erlauben darf e bescheidene Bemerkung, das ist nicht Schuld von die Doktoren, denn wenn Gott eine Krankheit geben will, warum sollte er sie nicht geben so, daß man sie sieht? Oberleutnantleben, mir wirst du nichts vormachen, deine Kränk ist nichts von Gott und deshalb ist kein Zegen an ihr.“

Burdack erklärte, er denke nicht daran, sich eine andere Krankheit anzuschaffen, er wüßte nur die alte derart hergerichtet zu haben, daß sie, ähnlich wie früher, von den Ärzten leichter erkannt werden könnte.

„Gut, ich werde meinen Anteilmaschel rufen, kostet ein Honorar von sechshundert Kronen.“

„Billiger geht es nicht?“

„Ausgeschlossen, fünfhundert kostet es uns, ich verdiene so nichts, aber soll ich gar nichts verdienen?“

(Fortsetzung folgt.)

Heute Vorlage des Budgets.

Prag, 13. Dezember. Morgen wird das Abgeordnetenhaus das Budget und das Finanzgesetz für 1933 — mit fast zwei-monatiger Verspätung — vorgelegt erhalten, ebenso die Staatsangestelltenvorlage und wahrscheinlich auch die Vorlage über die Spar- und Kontrollkommission.

Alle diese Vorlagen sind in ihren Grundzügen — durch verschiedene Indiskretionen auch schon in den meisten Details — vorzeitig bekannt geworden. Das alljährliche Wettrennen um die Budgetziffern haben diesmal die „N. u. Z.“ gewonnen, die in ihrem morgigen Frühblatt bereits detaillierte Ziffern über die einzelnen Budgetkapitel bringen.

Das Exposé des Finanzministers gilt für morgen als ziemlich sicher; neu hinzugekommen ist noch eine Erklärung, die der Ministerpräsident Malypetr morgen vormittag vor den politischen Redakteuren der Tagespresse abgeben wird und die jedenfalls auch in erster Linie für die breite Öffentlichkeit bestimmt sein wird.

Nach diesem heißen Tag tritt dann insofern wieder eine Pause ein, als das Parlament sich morgen voraussichtlich bis nächsten Montag verzagen wird, um dem sozialpolitischen Ausschuss Gelegenheit zur ausführlichen Beratung der Gehaltsentwurfsvorlage zu geben. Die Vorlage des Budgetprovisoriums dürfte erst am den 20. Dezember herum erfolgen.

Das neue Autobusgesetz.

Konzessionspflicht. — Neue Steuern zur Angleichung an die Belastung der Bahnen.

Prag, 13. Dezember. Heute wurde im Senat das neue Autobusgesetz (Gesetz über die „Beförderung“ mittels Motorfahrzeugen) vorgelegt; gleichzeitig auch die weitere Verlängerung des provisorischen Automobilgesetzes aus dem Vorjahr bis zur Verabschiedung des vorbereiteten definitiven Gesetzes (Gesetz über die „Fahrt“ mit Motorfahrzeugen), längstens jedoch bis Ende 1933. Gleichzeitig werden die Strafen bei Übertretungen dieses Gesetzes neu geregelt.

Das Autobusgesetz ist eine umfangreiche Vorlage von 81 Paragraphen.

Es zerfällt in zwei Hauptteile. Im ersten Teil wird die Konzessionspflicht für die gewerksmäßige Beförderung von Personen oder Sachen eingeführt. Ausgenommen sind die Staatsbahnen und die Post, die Flugzeuggesellschaften bei der Beförderung zum und vom Flughafen, Unternehmer bei der gelegentlichen Beförderung ihrer Angestellten, soweit dies für den Betrieb notwendig ist, und der Posttransport im eigenen Betrieb vom Produzenten oder Händler zum Abnehmer.

Die Konzession ist an die persönliche Verlässlichkeit des Bewerbers, an ein Alter von 24 Jahren und an die Staatsbürgerschaft und den inländischen Wohnsitz geknüpft. Ausnahmen sind nur im Falle der Gegenseitigkeit zulässig. Weiters wird genau festgelegt, wann öffentliche Handelsgesellschaften, Aktiengesellschaften usw. eine Konzession erhalten dürfen; diese müssen einen geeigneten Vertreter im Sinne der Gemeinordnung bestellen. Die Konzession wird auf höchstens fünfzehn Jahre erteilt und kann erneuert werden; die bisherigen Konzessionen gelten noch fünfzehn Jahre vom Inkrafttreten des Gesetzes, falls die Konzession nicht ausdrücklich früher erloschen soll. Die Konzession ist weiters an den Abschluß einer entsprechenden Haftpflichtversicherung gebunden. Weiters wird die Beförderungspflicht statuiert und die Hinterlegung einer Kaution von 100 bis 30.000 K. festgelegt.

In sprachlicher Hinsicht ist der § 12 von Bedeutung, der die Verwendung der Staatssprache bei Fahrplänen, Fahrkarten, Bezeichnungen auf dem Wagen usw. an erster Stelle vorschreibt. Das Personal, das in Berührung mit dem Publikum kommt, soll für diesen dienstlichen Verkehr „angemessen“ der Staatssprache mächtig sein. Der schon früher in einem solchen Dienst stand, soll diese Verpflichtung innerhalb einer von der Regierung festgesetzten Frist nachträglich erfüllen.

Der finanzielle Teil.

Der zweite Teil der Vorlage führt eine Neuregelung der Verkehrssteuer durch, die bisher nach dem Gesetz über den Straßensondens eingehoben wurde. Die bisherige Steuer wird durch eine Autobussteuer („von der Massenbeförderung durch Motorfahrzeuge“) ersetzt, die wie bisher 30 Prozent des Fahrpreises beträgt. Unter Massenbeförderung ist die Beförderung mit Autobussen, die einschließlich des Führers mehr als acht Personen fassen, zu verstehen. Befreiung wird nur zugestanden, wenn die Beförderung lediglich innerhalb einer Gemeinde erfolgt.

Neu eingeführt wird eine Verkehrssteuer von der gewerksmäßig betriebenen Personenbeförderung mit Personenautomobilen (innerhalb der Katastralgemeinde), die bei kleinen Wagen (bis zu einem Liter Zylinderinhalt) 1000 Kronen, bei größeren 1500 K. jährlich beträgt, endlich eine Transportsteuer für die Beförderung von Lasten durch Motorfahrzeuge. Diese Steuer ist bei Lastkraftwagen nach der Anzahl der Pferdekräfte, bei Tragfähigkeit abgestuft und beträgt pro Pferdetrakt, beziehungsweise 100 Hk Tragfähigkeit jährlich 50, beziehungsweise 100 Kronen, bei Motortraktoren und Dreirädern für den Lasttransport pro Fahrzeug 500 Kronen jährlich.

Diese Steuern werden damit begründet, daß auch die Bahnen in analoger Weise mit einer Transport-, beziehungsweise Verkehrssteuer in gleicher Höhe belastet sind.

Der dritte Verrat an Hitler:

„Der Tag“ verteidigt Strasser.

Die sudetendeutsche Naziartei — ein politisches Tollhaus.

Erst vor wenigen Wochen konnten wir melden, daß „Der Tag“ unter Berufung auf den toten Papst gegen Hitlers Stellung nahm. Dem ersten Verrat an der Primadonna gefolgt, so der zweite und wir sagten den dritten für die nächsten Tage voraus.

Es ist, als ob sich „Der Tag“ die reichste Mühe gäbe, unsere Voraussetzungen raschestens zu erfüllen — so rasch, daß wir mit den Meldungen über seine geistigen und moralischen Purzelbäume kaum nachkommen.

Am vergangenen Samstag hat „Der Tag“ noch entrüstet getan, weil seiner Ansicht die Gegner der Nationalsozialisten dem Urelaubgesuch Strassers andere Motive „unterschoben“ als dessen Erholungsbedürfnis. „Lügen um Strasser“ hat „Der Tag“ die Notiz überschrieben, die wahrscheinlich aus der vortrefflichen Lügenabwehrstelle der nationalsozialistischen Partei stammt. Alle Gerüchte um Strasser wurden am Samstag — nach dem „Tag“ — auch von der Reichspressestelle der NSDAP dementiert.

Allerdings: eines dieser Gerüchte besagte, daß sich Strasser ins Privatleben zurückziehen, sich aber für einen Ruf der Partei zur Verfügung halten wolle.“ Auch dieses Gerücht wurde dementiert — und so kam die „Meldung“ des „Tag“ der Wahrheit wenigstens teilweise nahe — was seine Redaktion sicherlich nicht beabsichtigt hat.

Am Dienstag sah das Bild, das die reichsdeutsche NSDAP hat, schon etwas anders aus als am Samstag. Davon mußte auch „Der Tag“ Notiz nehmen. Und er tat, was seines Amtes ist: er meldete seinen Lesern das Gegenteil dessen, was er ihnen am Samstag als die lauteste Wahrheit verkündet hatte. Es ist ein Glück, daß die Bekenner des Nationalsozialismus nicht mehr dumm zu machen sind, da sie diese löbliche Eigenschaft ja überhaupt erst befehigt hat, Nationalsozialisten zu sein; immerhin aber soll es Leser des „Tag“ geben, die nicht so rasch vergessen, wie es der „Tag“-Redaktion lieb sein mag.

Die finden nun, daß „Der Tag“ unter einer vierpaltigen Zeile „Palastrevolution“ in der NSDAP gegen Hitlers Stellung nimmt; sie tut es nicht deutlich und monoton, sondern unter den Umständen, die aus der Palastrevolution eine Harmlosigkeit machen sollen.

Der betreffende Leitartikel des „Tag“ beginnt mit dem Dementiertelegramm der Reichspressestelle, von dem schon die Rede war; dann wird das Dementierte als wahr bezeichnet und resigniert festgestellt:

Welches sind die Ursachen und die vorläufigen Folgen dieser Aktion? Für die NSDAP gab es theoretisch drei Wege, um an die Macht zu gelangen. Der erste: die gewalttätige Machtergreifung mit den Mitteln einer revolutionären Erhebung, ist seit dem Scheitern des Hitlerputsches im Jahre 1923 und seit der fortschreitenden Konsolidierung der innerpolitischen Verhältnisse in Deutschland nicht mehr gangbar. Selbst in den Kreisen der zu demütigen

Aktivität treibenden SA-Mannschaften und Führer glaubt niemand mehr im Ernst an den Erfolg einer illegalen Aktion. Die zweite Möglichkeit, auf legalem parlamentarischen Wege, das heißt durch Erringung der absoluten Mehrheit zur Alleinherrschaft zu gelangen, ist seit den letzten Wahlergebnissen in weite Ferne gerückt. Die dritte immer noch offenstehende Möglichkeit, gemeinsam mit den anderen Kräften der nationalen Bewegung eine Regierung zu bilden, erfordert zwar von der Partei und ihren Führern einen Verzicht auf den Alleinherrschaftsanspruch, garantiert ihnen aber dafür andererseits die Aussicht, auf wichtigsten Teilgebieten ihre Anschauungen durchzusetzen und an der Erneuerung des gesamten Staatswesens entscheidenden Anteil zu nehmen. Diese Möglichkeit wurde vom 13. August bis heute von den Kräften der nationalen Konzentration nicht ausgenutzt und auch Adolf Hitler selbst hat dies unter Berufung auf den Widerstand seiner Anhänger gegen eine derartige Lösung bis heute abgelehnt, und sich damit, wie sich jetzt herausstellt, in einen Gegensatz zu maßgebenden Unterführern gestellt. Gregor Strasser insbesondere ist der Auffassung, daß das Prinzip der starken Opposition und des Nichtanerkennenswollens des grundsätzlichen Wandels, der sich seit dem Juli d. J. im Reich und in Preußen vollzogen hat, zwangsläufig zu einem Zerfall der Bewegung selbst führen müsse.

„Der Tag“ hat recht: Es wäre verfehlt, die Auseinandersetzungen innerhalb der NSDAP von der leichten Seite zu nehmen; aber unsere Schuld ist es nicht, daß er jetzt so erschüttert ist, denn wir haben ihn schon immer schonend auf das Verblissen des nationalsozialistischen Glanzes vorzubereiten versucht.

Immerhin aber nimmt das Hauptorgan der sudetendeutschen Nationalsozialisten zu der Meinungsverschiedenheit — es handelt sich, wie er meint, um nicht mehr als um eine solche — Stellung, indem er die nach den Wahlen geäußerte Ansicht Strassers, die NSDAP habe jetzt nur den Weg, sich entweder in der Opposition tot zu laufen oder die Verantwortung zu übernehmen, in Fettdruck bringt, was wohl heißen soll, daß sich „Der Tag“ schließlich auch zu dieser — bekanntlich schon von Papst geäußerten, aber vom „Tag“ dann wiederholt vergessenen und verratenen — Meinung bekennt.

Das wäre also, da „Der Tag“ während der Verhandlungen über die deutsche Regierungsabildung bedingungslos auf Hitlers Seite spielte, also just jene seiner Ansichten teilte, um demüthigen Strasser den Krankenturlaub angetreten hat, der dritte Verrat an Hitler. Der hat vorläufig das Heft in der Hand und wenn Strassers Vorlesung richtig ist, kann es sich darum jetzt nur noch um das Totlaufen der Hitlerbewegung handeln, es sei denn, sie geht durch die Leere ihrer Rassen noch früher zu Grunde als durch Hitlers Unfähigkeit.

Den nächsten Gefinnungspfeil wird „Der Tag“ seinen Lesern morgen servieren.

Die Sozialistische Arbeiterinternationale nimmt Stellung

zum Genfer Blutbad und zur Reise des japanischen „Sozialisten“ Suzuki.

Das Bureau der Sozialistischen Arbeiter-Internationale beschäftigt sich im Anschluß an die Sonntag-Diskussion über die internationale politische Lage am Montag besonders mit der Situation im Fernen Osten. In diesem Zusammenhang wurde auch über die Wiltverhältnisse, die die Reise des Japaners Bunji Suzuki in der Presse hervorgerufen haben, folgende Feststellung gemacht:

Das Bureau der S. A. I. hat von dem Bericht des Sekretariats und mehrerer Parteien Kenntnis genommen über die Reise von Bunji Suzuki, die das Ziel der Propagierung der imperialistischen Politik der japanischen Regierung unabweislich verfolgt.

Das Bureau der S. A. I. erklärt, daß es nicht feststellen in der Lage ist, ob Bunji Suzuki befragt ist, im Namen der neu gegründeten „Sozialistischen Massenpartei“ aufzutreten. Diese neu gegründete Partei ist nicht Mitglied der Sozialistischen Arbeiter-Internationale, ebensowenig wie die nun nicht mehr bestehende „Sozialdemokratische Partei Japans“ es war. Auch hat keine dieser Parteien jemals um die Aufnahme in die Sozialistische Arbeiter-Internationale angefragt. Das Bureau der S. A. I. ist bei der Unterdrückung der freien Meinungsäußerung in Japan unter dem Kriegszustand gegenwärtig noch nicht in der Lage festzustellen, welche Stellung die neu gegründete „Sozialistische Massenpartei“ in den Kreisen der ausländischen Politik tatsächlich einnimmt, es erklärt aber, daß es die Versuche der Beschönigung der imperialistischen Eroberungspolitik Japans, die Suzuki bei seinen letzten Tagen in Europa versucht, auf das schärfste verurteilt. Das Bureau erinnert an die Resolution der Exekutive der

S. A. I. vom 20. Mai 1932, in der die Stellung der Sozialistischen Arbeiter-Internationale gegen den Krieg im Fernen Osten und gegen die imperialistische Eroberungspolitik Japans festgelegt ist.

Im Laufe der Verhandlungen über die internationale Lage nahm das Bureau auch zu den tragischen Ereignissen in Genf durch folgende Entschliebung Stellung:

Das Bureau der S. A. I. nimmt Kenntnis von den Genfer Ereignissen vom 9. November 1932, spricht seinen Abscheu und seine Entrüstung über die brutale Schieberei schweizerischer Militärs auf demonstrierende Arbeitermassen aus, erblickt in der Behinderung der Teilnahme eines demokratisch gewählten Abgeordneten an den Verhandlungen des Parlaments durch den schweizerischen Nationalrat selbst einen Akt politischer Mord und übermittelt den Opfern der blutdürstigen Reaktion der Genfer und Schweizer Bourgeoisie den Ausdruck herzlichster Sympathie.

Die weiteren Beratungen des Bureaus galten der Organisation einer Internationalen Sozialistischen Konferenz, die im Prinzip von allen angeschlossenen Parteien bereits gutgeheißen worden ist. Diese Konferenz, die die Aufgabe haben wird, die prinzipielle geistige Orientierung über die großen Probleme, vor denen die Arbeiterklasse heute steht, zu fördern, wird von einer Sitzung der Exekutive der S. A. I. in der zweiten Hälfte Februar in den Einzelheiten endgültig vorbereitet werden. Die Exekutive wird sich über Tagesordnung, Zeit und Ort der Konferenz schlüssig zu werden haben. Das Bureau hat in dieser Richtung vorläufige Empfehlungen an die Exekutive formuliert.

Kapitalistische Wahnwirtschaft

Von Franz Rehwald

erscheint dieser Tage in 2. Auflage
Im Einzelverkauf 3 K., Organisationen haben Rabatt
Bestellungen nimmt die Zentralstelle für das Bildungswesen entgegen

Erhöhung der Grundergaben angenommen.

In seiner heutigen Plenarsitzung befaßte sich das Abgeordnetenhaus mit der Regierungsvorlage über die Erhöhung der Abgabe von Zehnfünfteln und Grundergaben.

Bekanntlich hatte der Nationaldemokrat Novak im Ausschuss als Referent das Verlangen gestellt, daß die Abgabe von Zehnfünfteln überhaupt nicht, die von Grundergaben nur unbedeutend erhöht werde; außerdem hatte er noch gegen eine ganze Reihe anderer Bestimmungen Einspruch erhoben.

Heute vormittags hatte sich der Budgetausschuss nun nochmals mit der Vorlage befaßt und die meisten der nationaldemokratischen Wünsche abgelehnt. Vorgerufen wurden lediglich zwei Änderungen: Die Ermächtigung an die Regierung, die Abgabe im Verordnungswege um weitere 50 Prozent zu erhöhen, wurde mit der Begründung gestrichen, daß die Erhöhung von Steuern ausschließlich in die Kompetenz der gesetzgebenden Körperschaften falle. Ferner wurde der Absch gestrichen, der eine Ermächtigung der Steuer überhaupt verbietet, und bestimmt, daß eine fünfzigprozentige Ermäßigung der Abgabe unter ganz bestimmten, wörtlich angeführten Umständen erfolgen kann.

In der Debatte protestierte Stejka (Komm.) gegen die vorgenommene Änderungen; er forderte, daß die Gemeinden ermächtigt werden, von den Grunderbeitern eine Abgabe von fünf Hellern pro Zentner für Arbeitslosenzwecke einzuzahlen. Außerdem verlangte er kurzerhand, daß im Jahre 1933 die Entlassung von Bergarbeitern eingestellt werde.

Gegen ihn polemisierte der Nationaldemokrat Novak, der die Angelegenheit wieder so darstellte, als ob die Grunderbeitern durch die Erhöhung der Abgabe schon hart an den Rand des Verderbens gedrängt würden und überhaupt die Aktionäre und die Verwaltungsräte der Gruben in der letzten Zeit keinen Heller mehr erhalten hätten. Als Beweis dafür, daß die Gruben nichts eintrogen, führte er einfach die Staatsgruben (!) an. Einige Gruben würden nach seiner Behauptung überhaupt nur mehr aufrecht erhalten, damit die Arbeiterschaft nicht völlig um ihren Bedienst kommen.

Die Vorlage wurde schließlich mit einer kleinen Änderung in der Fassung des Ausschussberichts in beiden Lesungen angenommen.

Das Haus erledigte weiters einige Immunitäten. Vom Präsidium wurde ferner eine Anfrage Kallinas wegen verspäteter Drucklegung einiger Interpellationen beantwortet.

Nächste Sitzung morgen, Mittwoch, um 15 Uhr.

Die Kommunisten und die Pilsner Spionageaffäre.

In der gestrigen Parlamentsitzung richtete der Kommunist Dvofak heftige Angriffe gegen die Behörden wegen der Pilsner Spionageaffäre, in der auch einige Kommunisten in Haft genommen worden sind. Bekanntlich soll es sich um die Auslieferung der Pläne eines neuen Geschüßes für Bliesgabewehr an Sowjetrußland gehandelt haben. Dvofak drehte den Spieß um und behauptete, die verhafteten Arbeiter seien unschuldig, bzw. das Opfer einer Provokation. Während die eigentlichen Spione in viel höheren Gesellschaftsschichten zu suchen seien und bisher frei herumkriechen, natürlich fehlten auch nicht Angriffe gegen die Sozialdemokraten (!), die hinter diesen behördlichen Maßnahmen angeblich stecken. Die tschechischen Genossen wiesen diese gemeine Verleumdung auf der Stelle ertüppelnd zurück.

Bezeichnend ist auch ein kommunistischer Antrag, der Innenminister möge einen Bericht und Aufklärung über die Beziehungen führender Beamter der Polizeidirektion in Pilsen mit dem Spion Kabela geben.

Dvofak gab zu, daß ein bei einem Verhafteten vorgefundenes Rundschreiben von ihm stamme, doch hätten sich die darin enthaltenen Fragen nur auf gewerkschaftliche Arbeiten bezogen.

Interessant war, daß der Handelsbevollmächtigte der Sowjetrepublik in Prag, Arrosow, in sichtlich demonstrativer Weise sich die Rede Dvofaks von der Diplomatenloge aus anhörte. Daß dieser hohe Besuch nicht zufällig, sondern vorher angekündigt war, läßt sich unwiderlegbar entnehmen, daß der kommunistische Klub in der im ganzen bedeutungslosen Sitzung ungewöhnlich stark vertreten war.

Um die Arbeitszeitverkürzung. Im sozialpolitischen Ausschuss des Abgeordnetenhauses ging heute die Debatte über die zur Frage der Arbeitszeitverkürzung eingebrachten Anträge weiter. Der Referent Genosse Taverle regte an, einen Unterausschuss zu wählen, der sich mit den vorgelegten Anträgen befaßt und einen gemeinsamen Antrag ausarbeiten soll. In einer Beschlusfassung kam es jedoch noch nicht; die Debatte wird in der nächsten Sitzung weitergehen.

Unschuldig in Morduntersuchung auf Grund der Anzeige des - Mörders.

Kaschau, 13. Dezember. In Mala Tarlan bei Aral, Chlumec in der Tschechoslowakei wurde im Juli d. J. der 75jährige Landwirt Ladislav Toth ermordet, von dem bekannt war, daß er größere Bargeldbeträge bei sich trage. Da seine Tochter, die mit Julius Salogh verheiratet war, mit dem Vater in Unfrieden lebte, verhaftete die Gendarmerie sie und ihren Ehemann unter dem Verdachte der Mittäterschaft. Erschwerend ist die Zeugenaussage des Nachbarn Bertalan Szabo, der behauptet, gesehen zu haben, wie sie Toth ermor-

deten. Die Gendarmerie hat sich jedoch mit der Aussage nicht begnügt, sondern nahm weitere Nachforschungen vor, die schließlich zur Verhaftung Szabos führten, da sich herausgestellt hatte, daß dieser selbst der Mörder ist. Szabo hatte unter dem Vorwande, Toth billigen Tabak zu verkaufen, ihn in den Garten gelockt, dort betäubt und ihm dann schwere Stichwunden mit einem Messer beibringt. Das Ehepaar Salogh ist in Freiheit gesetzt worden.

und opferfreudige Einzelmenschen; die Sicherheit, über die in Genf gesprochen werde, sei nicht nur ein psychologisches, sondern auch ein militär-technisches Problem. Der Schluß der Rede war eine deutliche Polemik gegen die Festredungen, den Gedanken der Rüstungsbeschränkungen, auch in der Tschechoslowakei zu verwirklichen. — Es gibt bekanntlich Kriegsgefahren, weil es Armeen gibt und der Satz: „Wenn du den Frieden willst, so rüste zum Krieg“, hat schon soviel Unheil über die Menschheit gebracht, daß kein General dem Volk die Unentbehrlichkeit der Armeen beweisen kann. Wenn es aber eine Armee gibt, die dem Gedanken der Demokratie dienen und das Selbstbewußtsein ihrer Angehörigen fördern will, so darf sie nicht in der Demokratie als Fremdkörper wirken — durch einen Drill, der den Geist und das Selbstbewußtsein tötet, durch eine Militärgerichtsbarkeit, die in einer wirklichen Demokratie ein Übel ist. Die Vaterlandsideologie, die bisher bei Kriegshandlungen eine wirkliche Idee ersetzen mußte, wird ja jetzt schon wieder eifrig gepflegt; schon in den Elementarklassen jungen die Kinder das schöne Lied „Ich hab mich ergeben“. Also wird es auch in kommenden Kriegen an der „Idee“ nicht fehlen, die General Alexander gemeint hat. — Die Voraussetzung für eine Verteidigung der Demokratie und für das Selbstbewußtsein des Soldaten, die Voraussetzung dazu, daß die Armee nicht mißbraucht werde für die Interessen der herrschenden Klassen, ist, wenn man schon auf die Armee nicht verzichten zu können glaubt, eine demokratische Verfassung. Von der ist die Tschechoslowakei — nicht zuletzt durch die Schuld ihrer Generale — jedoch noch weit entfernt.

Vom Rundfunk
Arbeiterreisen — Arbeiterurlauborganisationen.
In der deutschen Arbeiterbewegung des Proger Rundfunks spricht: Mittwoch, den 14. ds. um 18.25 Uhr
Genosse Frau, Kögler-Bodenbach unter dem Titel
Urlaub — Lebensfreude — Volksgesundheit über obiges Thema.
Die Arbeiter-Rundfunkhörer werden auf diesen Vortrag besonders aufmerksam gemacht.

Tagesneuigkeiten

Der Eindringling in Doorn

wollte „eine Botschaft von Hitler“ überbringen ...
Doorn, 13. Dezember. Der gestern im Haus Doorn festgenommene Eindringling hat der Polizei mitgeteilt, daß er Feder heißt und aus Dormagen (Rheinprovinz) komme; Sein Alter hat er mit 33 Jahren angegeben. Der Mann war gut gekleidet und macht äußerlich keinen ungünstigen Eindruck.

alles beschäftigt. In einem Boot an der Stadtgrenze wurde gestern die Leiche des 37jährigen Schlossergarberobiers Alois Bozun mit einer schweren Kopfwunde gefunden. Bozun dürfte einem Raubmord zum Opfer gefallen sein. Er hatte vor kurzem ein Haus um 200.000 Dinar verkauft und trug zwei Einlegebücher auf über 100.000 Dinar bei sich.

Statt Prohibition — Deforation!

Sacramento (Kalifornien), 13. Dezember. Morgen werden etwa 200 Häftlinge, die im Staat Kalifornien wegen Alkoholschmuggel und Verkauf zu Gefängnisstrafen verurteilt worden waren, freigelassen werden. Morgen treten nämlich in Kalifornien die Maßnahmen in Kraft, mit denen im ganzen Lande die Prohibitionsvorschriften widerrufen werden. Der Staatsgouverneur Jim Rolph wird den Häftlingen nicht nur den Rest der Strafe erlassen, sondern ihnen auch noch ein besonderes Erinnerungszeichen in Form des großen Diploms mit dem goldenen Staatsiegel überreichen.

Ein beispielloses Unglück.

Fünf Geschwister auf dem Eis eingebrochen und ertrunken.

Frankenhal (Pfalz), 13. Dezember. Ein furchtbares Unglück ereignete sich heute mittags auf dem Dorfteich bei Rogheim. Eine Anzahl Kinder wollte sich auf der Eisedecke tummeln, die jedoch plötzlich auseinanderbrach, so daß sechs Kinder einbrachen und untergingen. Fünf Kinder — vier Mädchen und ein Junge im Alter von 8 bis 15 Jahren — gehören der Familie Weinj aus Rogheim an. Das 15jährige Mädchen hatte sich ans

Ufer retten können und versuchte nun, seinen Geschwistern Hilfe zu bringen. Dabei wurde es aber von einem der Geschwister, das sich an dieses geklammert hatte, wieder in die Tiefe gezogen und ist ebenso wie seine Geschwister ertrunken. Das sechste ertrunkene Kind ist ein Junge im Alter von etwa 8 Jahren. Auch er kämpfte sich bis in die Nähe des Ufers durch, wo er jedoch erschöpft zusammenbrach und ertrank.

Ziehung der Klassenlotterie

20.000 K:	35.763.
10.000 K:	4.382, 6.505, 40.677, 38.300.
5.000 K:	3.511, 18.298, 22.414, 32.076, 38.164, 38.320, 62.978, 71.569.
2.000 K:	3.838, 11.355, 17.711, 24.406, 25.004, 25.796, 25.849, 30.027, 40.851, 46.763, 54.380, 56.744, 60.796, 69.568, 70.451, 71.813, 71.845, 103.293.
1.000 K:	2.991, 3.655, 4.366, 7.738, 11.072, 11.277, 13.413, 21.124, 22.218, 23.070, 31.101, 34.415, 38.901, 39.040, 44.277, 44.946, 46.955, 49.655, 53.541, 72.419, 73.599, 80.614, 87.933, 95.096.

Die besorgten Generale. Es ist auffallend, wie oft jezt unsere Generale mit Vorträgen über den Zweck und die Bedeutung der Wehrmacht vor die Öffentlichkeit treten. Als frisch und frohlich ausgerüstet wurde, hatten sie dieses Bedürfnis nicht. Nun aber, da die Sozialdemokratie die Dienstverfützung und wesentliche Abstriche an dem Militärbudget durchgeföhrt hat, begeben sie sich auf das Eis tanzen. Der Proger Garnisonskommandant Alexander hat vorgestern vor einem gestiegen Publikum über die Inedientlichkeit der Armee gesprochen und das wenige, das über den Vortrag an die Öffentlichkeit kam, ist wert, um näher betrachtet zu werden. Auch die friedliebendste Staatspolitik brauche die Armee als unerlässliches Verteidigungsmittel, meinte der General. Die Kriegskunst richte sich nach den Gesetzen der Harmonie und der Zweckmäßigkeit; bei den Grundprinzipien der Kriegskunst haben die moralischen Kräfte das Uebergewicht über die materiellen. Die Idee, um die der Kampf geführt wird, sei ebenso wichtig wie die Disziplin, die Verteidigung der Demokratie fordere selbstbewußte

Wieder ein nationalsozialistischer Ueberfall auf einen Genossen. Am Montag, den 12. Dezember, abends der junge Genosse Josef Weiß aus Turn die Stufen zu seiner Wohnung in der Nordstraße hinabstieg, wurde er von rückwärts angegriffen. Genosse Weiß bückte sich rasch und so lag der Angreifer von der Stufe in das Parkhaus hinab. Der Nationalsozialist, Tschestner ist sein Name, versuchte, den Genossen Weiß den Mund zusammenzupressen, um zu verhindern, daß Weiß um Hilfe rufe und ergriff mit der anderen Hand nach dem Halbe des Ueberfallenen. Durch das Niederdrücken des Genossen Weiß verlor der Angreifer sein Gleichgewicht und mußte den Angegriffenen frei lassen. Tschestner ergriff dann die Flucht zu einem seiner Gestaltungsstreunde, inwieweit sammelten sich in der Nordstraße Menschen an, die empört gegen den Nazi Stellung nahmen. Ein größerer Trupp von Nazi hat in der Nacht, nach 10 Uhr, vor dem Hause des Genossen Weiß rebelliert. Es wurden Ruhe ausgeföhrt wie: Derunter mit ihm, wir machen ihn kalt. Genosse Weiß hat bei der Polizei und Gendarmerie die Anzeige erstattet. — Das sind also die Früchte nationalsozialistischer Erziehung!

Förster und Wilderer kämpfen auf Tod und Leben. In einem Walde unweit von Hana Jahlonta bei Humenné stieß der Förster Josef Wächter auf zwei Wilderer, die mit Ketten bewaffnet waren. Als er die Männer aufforderte, die Ketten niederzulegen, kam der eine der Aufforderung nach, wogegen sich der zweite, in welchem später der Jäger Vasil Duko erkannt wurde, dem Förster entgegenwarf. Es entspann sich ein Kampf, in dessen Verlaufe der Wilderer das Kugelgewehr des Försters zur Entladung brachte, ohne daß jedoch durch die losgegangenen zwei Schüsse jemand verletzt worden wäre. Daraus entkam Duko. Der Förster setzte seinen Inspektionsgang fort.

Zugszusammenstoß in einem Schweizer Tunnel.

Einzug rammt einen Personenzug von der Seite. Wahrscheinlich zehn Tote.

Bern, 13. Dezember. Im Gürteltunnel bei Luzern stieß heute nachmittags der Personenzug Luzern-Bellinzona mit dem Gürtelzug Zürich-Luzern zusammen. Der Zusammenstoß war außerordentlich heftig. Zahlreiche Personen wurden verletzt. Auch eine Reihe von Toten ist zu beklagen. Die beiden Geleise sind vorläufig gesperrt. Der Materialschaden ist außerordentlich groß.

Dis sieben Uhr abends wurden sechs Tote geborgen. Vier Personen werden noch vermißt. Unter den Toten befinden sich die beiden Lokomotivführer. Die Aufräumungsarbeiten sind noch in vollem Gange.

Die Ursache des Zusammenstoßes liegt darin, daß der Gürtelzug das Haltesignal überfuhr, die für die Fahrt des Personenzuges gestellte Weiche ausschloß und in den Personenzug hineinkam.

Der Gürteltunnel befindet sich in unmittelbarer Nähe des Luzerner Bahnhofes an der Westausfahrt. Er durchquert den sogenannten Gürtelberg. Im Tunnel selbst, durch den die Geleise für die Strecke nach Bern und Basel laufen, zweigt die Linie nach Zürich ab.

Chicago: acht Morde in einer Nacht!

Chicago, 13. Dezember. In der Nacht zum Dienstag wurden insgesamt acht Personen erschossen. Man glaubt, daß dieses Vorgehen der Banditen als Rache für den vom Bürgermeister Cermat der Polizei angeordneten Befehl anzusehen ist, die Stadt von unerwünschten Elementen zu säubern.

Aus Hypochondrie die Geliebte und sich erschossen!

Montag fand man, wie die „Abendzeitung“ berichtet, in ihrer Wohnung in Prag die 42jährige Näherin M. Moril erschossen auf. Gleichfalls erschossen lag neben ihr ihr Freund, der 37jährige russische Emigrant Alexander Jesselow. Die polizeiliche Untersuchung hat ergeben, daß Jesselow seine Freundin und sich getötet hat. Es scheint, als wäre der Grund hierfür eine fixe Idee, die bei dem Russen seit längerer Zeit auftrat. Er glaubte, an Krebs zu leiden und hatte eine Reihe von Ärzten konsultiert; obwohl ihm alle Ärzte bestätigten, daß er vollkommen gesund sei, ließ ihn doch der Gedanke an die Krankheit nicht los, bis er zu einer fixen Idee wurde. Hier dürfte der Grund zu seiner furchtbaren Tat zu suchen sein, um so mehr, als ein anderer schwer zu finden wäre. Der Russe und die Näherin lebten in getrennten finanziellen Verhältnissen und hatten keine wesentlichen Streitigkeiten. Die Näherin wollte offenbar nichts von der Absicht ihres Freundes, da sie noch knapp vor ihrem gewaltigen Tod zahlreiche Besorgungen machte, durch die sie sich für die Weihnachtsfeiertage vorbereitete.

Naubmord bei Agram.

Gratz, 12. Dezember. Die „Tagesspost“ meldet aus Agram: Die Kriminalpolizei ist seit gestern mit der Aufklärung eines geheimnisvollen Mord-

wobei er Duko nach einmal antraf. Er forderte den Wilderer auf, ihm zu folgen. Aber Duko warf sich neuerdings auf den Förster. Bei dem Kampfe zwischen den beiden Männern kam es zu einer neuen Entladung des Gewehres, wobei Duko schwer verletzt wurde und in wenigen Minuten verschied. Der Förster begab sich dann zur Gendarmeriestation, wo er den Vorfall meldete.

Neuer Abgeordneter. Als Nachfolger des verstorbenen Abgeordneten und früheren Ministers Dr. Biskovsky hat gestern im Parlament sein Nachfolger, der Landwirt Johann Sivor aus Mähle, die Angelobung geleistet und seinen Beitritt zum Klub der tschechischen Agrarier angemeldet.

Todessturz eines Kavalleriesoldaten. Durch die Masarykstraße in Kaschau ritt der Soldat des 8. Kavallerieregimentes Wilhelm Kocetinsky, er aus Keutitzchein in Mähren stammt. Plötzlich kam ein Auto des Weges, das Pferd schante und der Soldat fiel auf das Pflaster. Der Verletzte ward später im Divisionsspital.

Raubüberfall auf ein altes Ehepaar. Montag, den 12. d. M., kam es in der Gemeinde Turn bei Böhmisch-Krumau zu einem sehr verwegenen Einbruchversuch. An die Türe der Wohnung des Traffanten und Schuhmachers Johann Wühlberger pochte ein unbekannter Mann. Als die 53jährige Gattin Wühlbergers Theresia die Türe öffnete, erhielt sie mit einem schweren harten Gegenstande einen Hieb über den Kopf und stürzte zu Boden. Der Angreifer betrat die Stube und wollte seinen räuberischen Plan ausführen, als ihm der 73jährige Traffant Wühlberger den Weg verriet. Es kam zu einem verzweifelten Kampfe zwischen den beiden Männern, wobei der Traffant sehr schwer verletzt wurde. Seine Frau rief verzweifelt um Hilfe. Als die Nachbarn herbeieilten, ergriff der Täter die Flucht. Die herbeigerufene Gendarmerie verfolgte seine Spur und nach etwa zwei Kilometern fand der Dienstrund eine stark mit Blut besetzte Art. Den Verwundeten wurde ärztliche Hilfe geleistet, worauf sie in das Krankenhaus geschafft wurden. Dort wurde konstatiert, daß der alte Wühlberger zehn Kopfschüsse mit der gefundenen Art erhalten hatte, und zwar sowohl mit der Schmelde als auch mit dem Agräßen. Nach dem Angreifer wird gefahndet.

„Süßwasser“. Auf der Elbe in der Nähe von Hohenwarthe wurde ein Schleppflaß, der 4000 Jenner Zucker geladen hatte, von einem Motorampfer gerammt. Der Lastflaß sank nach kurzer Zeit.

In Weihnachten ins Hergelberg! Die Königshöhe (880 Meter) bei Gablitz wird zu Weihnachten der Skisportplatz des Dritten internationalen Treffens der Arbeiter-Wintersportler sein. Das Naturfreundehaus wird einen Teil der Sportler beherbergen und Plätze für Gäste reserviert halten. Dieses Heim ist praktisch eingerichtet und dient auch als Erholungsheim. Mitglieder der Naturfreunde zahlen bei Freibeitlager und voller Verpflegung (geheiztes Zimmer) 26 K., bei Matratzenlager 23 K.; gewerkschaftlich Organisierte 27 K., resp. 24 K. Als Aufenthaltsräume dienen ein großer und ein kleiner Saal. Reparaturwerkstätte für Ski ist vorhanden, ebenfalls eine Dunkelkammer, ein Wannen- und Brausebad (warm und kalt). Das Heim ist elektrisch beleuchtet, hat Telefonverbindung, Postablage und Glühbirnen. Es ist zu erreichen von der Endstation der elektrischen Straßenbahn Reichenberg-Postgarten oder Johannesberg bei Gablitz in je einesthalb Stunden. Das Riesengebirge (Polaun) ist auf Ski in 2-3 Stunden zu erreichen. — Relationen: (Personenzugpreis) Prag-Reichenberg 54 K., Prag-Reichenau (Anschluß nach Johannesberg) 46 K., Böh. M. Leipzig-Reichenberg 23,90 K., Zwittau-Polaun 77,60 K. (mit Anschluß Lannwald-Gablitz-Johannesberg). Von Brinn-Reichenberg Zwittau 26,40 K. Bodenbach-Reichenberg 33,60 K. — Auskünfte erteilen alle Naturfreunde-Wintersportler.

Robert's Reise. Ein 74-jähriger Rentner und seine 72-jährige Frau in Berlin haben sich mit Leuchtgas vergiftet. Sie lebten in schwerer wirtschaftlicher Not und die Frau war seit langem krank.

Der Tod im Gaswerk. Im Gaswerk Straßfund stürzte ein 50-jähriger Arbeiter in den 18 Meter tiefen Schacht zwischen zwei Kohlenlöchern. Mehrfacher Schädelbruch führte sofort den Tod herbei.

Der Mord in St. Peter bei Graz, dessen Opfer, wie gemeldet, die Witwe Steinleibl aus Graz wurde, ist bereits aufgeklärt. Als Täter wurde der reiche Grundbesitzer Josef Flißch aus der Gemeinde Studenzen verhaftet. Bei der Verhaftung wurden nämlich Notizen mit dem Namen und der Adresse Flißch gefunden, worauf sich die Gendarmen noch in der Nacht zu Flißch begaben. Bei der vorgenommenen Hausdurchsuchung wurde belastendes Material gefunden, unter dessen Wucht Flißch gestand, mit der Ermordeten ein Liebesverhältnis unterhalten und sie mehrmals mit Geld unterstützt zu haben, um das sie ihn unter dem Vorwand der Watterschaft ersuchte. In der letzten Zeit habe die Steinleibl ihre Forderung wiederholt, worauf sie Flißch nach St. Peter einlud, und sie dort in einem Stall lockte, wo er ihr mit einem Rasiermesser den Hals durchschnitt und dann den Schädel mit einer Hacke zertrümmerte. Flißch wurde dem Landesgerichte in Graz eingeliefert.

Savaria des Australiensiegere Bertram. Aus Soerabaja (Java) wird gemeldet: Das Flugzeug des deutschen Australiensiegere Bertram geriet gestern bei dem Start zum Weiterflug in einen Graben und wurde schwer beschädigt. Bertram und sein Mechaniker blieben unverletzt.

Nazi will Lohngeber rauben. In einem Walde in der Nähe von Bienenlopf wurde ein im freiwilligen Arbeitsdienst beschäftigter Arbeiter, der Lohngeber geholt hatte, angefallen. Er setzte sich energisch zur Wehr, wurde aber mit einem Rasiermesser erheblich verletzt. Es gelang dem Ueberfallenen schließlich mit den Lohngebern zu flüchten. Er wurde nach Morburg in eine Klinik gebracht. Der Täter wurde später von vier Arbeitern gestellt und der Polizei übergeben. Er gehörte bis vor kurzem dem Stahlhelm an und hat in den letzten Tagen bei den Nazis Anschluss gesucht.

Die Premieren Katastrophe. Die durch die Potsdamer Zinnsammlerschaft durchgeführte Untersuchung über die Ursache der Katastrophe in den J. G. Farbenwerken Premij bei Rathenow führte zu dem Ergebnis, daß die Ursache des Unglücks in einer Sprengstoffexplosion, nicht aber, wie ursprünglich angenommen, in einer Explosion von Sauerstoffflaschen zu suchen ist.

Ein mysteriöser Vorfall ereignete sich Dienstag früh vor dem Gebäude der Postwachstschast in Lodz. Ein als Frau verkleideter Mann ließ aus Unvorsichtigkeit einen Gegenstand zur Erde fallen, der Explosivstoffe enthielt. Es entstand eine Explosion, durch die der Mann in Stücke gerissen wurde.

Lehrerstreik. Die Lehrer der chinesischen Hauptstadt Peking traten in den Streik, weil sie kein Gehalt bekommen hatten. Die Stadtverwaltung beschaffte sich die fehlenden Summen durch eine höhere Besteuerung der Spielclubs.

Die Stadt der Greise. Bei einer Volkszählung in Budapest wurde festgestellt, daß in der ungarischen Hauptstadt 100 Personen leben, die 100 und über 100 Jahre alt sind.

Versicherungsbetrug? Am Heber d. J. brach bei der Firma Loedel, Bley und Sohn in Michalovce ein Großfeuer aus, das die Waren vernichtete. Durch das Feuer war ein Schaden von 900.000 K entstanden. Da die Firma versichert war, wurde ihr ein Betrag von 500.000 K ausbezahlt. Nunmehr wurden auf Grund eines Artikels in einem ungarischen Wochenblatt, das auch einen Brief zur Veröffentlichung brachte, des Inhalts, daß die ganze Angelegenheit nicht in Ordnung sei, und auf Grund der Untersuchung des Brandes wurden die Großkaufleute Bley und Eichenbaum verhaftet. Der Fall wird weiter untersucht.

Ein Brand, den wir nicht bedauern. Die großen Zitterkampfläpfe von Oviedo in Asturien, die zu den schönsten Arenen Spaniens zählen, sind einem Riesenbrand zum Opfer gefallen. Die gewaltigen Anlagen, die 13.000 Zuschauer fassen konnten, sind völlig zerstört.

Liebe als Lebensschicksal. Ein Liebesdrama, das sich vor 40 Jahren in Warschau abgespielt hat, hatte jetzt ein unerwartetes Nachspiel. Im Jahre 1893 erschöpfte der Offizier der russischen Infanterie, die in Warschau Garnison hatte, Michail Barzickow, die Schauspielerin Maria Wassilowitsch, die sich geweiigt hatte, Barzickow zu heiraten. Barzickow wurde damals zu vier Jahren Festungshaft verurteilt, jedoch begnadigt und kehrte nach seiner Begnadigung nach Warschau zurück, wo er seit dieser Zeit als Bagasch und Zuhälter lebte. Man konnte Barzickow immer in der Nähe jenes Hauses finden, in dem er den Mord an der Schauspielerin begangen hatte. Er wohnte in einem Schloßkeller des Armentals. Sonntag nachts wurde er tot vor dem Hause seiner einstmaligen Liebe aufgefunden.

Sturm über Dalmatien. Die „Lagespost“ meldet aus Korant: Seit den letzten 24 Stunden wütet in ganz Dalmatien ein gewaltiger Sturm, der von Wellenbrüchen und Bliswällen begleitet ist. Längs der ganzen dalmatinischen Küste wurden Hafenanlagen und Schiffe, die nicht genügend ver-

ankert waren, beschädigt. In der vergangenen Nacht wurden in Ragusa infolge eines schweren Wellenbruches die Straßen im Ru in reißende Wähe verwandelt. Auf dem offenen Meer stiegen mächtige Wasserjulen empor. Ein Bliswlag schlug in den Turm der Ordenskirche der Barmherzigen Brüder ein. Schwere Schäden wurden an dem Seitenschiff angerichtet. Sämtliche Vögelstungen wurden zerstört.

25.000 Kronen geraubt. In der Nacht vom 10. auf den 11. Dezember raubten unbekannte Einbrecher die Kassa in der Kasse der Landwirtschaftlichen Aktienbank in Opatow bei Kruttenberg aus. Die Kasse wurde von der Seite aus erbrochen und aus ihr ein Betrag von etwa 25.000 K entwendet. Die Täter drangen durch ein im Erdgeschoß

Mysteriöse Einzelheiten einer Millionenaffäre.

Die dunkeln Hintergründe eines Hypothekenschwindels. — Wer sind die Helfershelfer? — Restlose Aufklärung notwendig!

Das Tagesgespräch Prags bildet gegenwärtig der von uns bereits berichtete beispiellos freche Millionenbetrug zweier Frauen, Stala und Seidl, die es verstanden haben, durch fingierte Dokumente Hypotheken auf ein fremdes Haus aufzunehmen. Tschschjäre Wänter bezeichnet die Hauptaktentin Stala als eine zweite Frau Hanau.

Von informierter Seite erfahren wir nun zu diesem sensationellen Betrugsfälle weitere Einzelheiten, die einerseits zeigen, mit welcher Geissenheit die beiden Täterinnen entweder selbst zu Werke gingen, oder dabei, wie in fast allen Fällen, angenommen wird,

von in Hypothek- und Grundbuchangelegenheiten versierten Personen als Helfern unterstützt wurden, andererseits verschiedene auffallende Handlungen und Unterlassungen gewisser Amtspersonen

zu Tage brachte, welche die Betrügereien ermöglichen oder begünstigten.

Als sich der Vertreter der fälschen Hauseigentümersin an den geschädigten Wohlfahrtsverein mit dem Ersuchen um Gewährung des Hypothekendarlehens wendete — irgendwelche Vermittler waren hierbei entgegen anders lautenden Nachrichten nicht tätig —, war dem Gesuche außer dem Grundbuchsanzuge, der ja jedem vom Gerichte ausgefolgt wird, auch eine genaue Aufstellung über die von den Mietern des Hauses entrichteten Mietzinsen beigegeben, die allem Anscheine nach bei der zuständigen Steueradministration beschafft worden sein dürfte.

Der Wohlfahrtsverein ließ das ihm als Pfandobjekt angebotene Haus durch einen technischen Sachverständigen untersuchen und schätzen, und als das Ergebnis dieser Schätzung günstig war, wurde das Darlehen bewilligt und hievon die Darlehenswerberin zu Händen ihres Vertreters verständigt, nachdem sich dieser mit einer ihm von ihr bereits im Jänner l. J. erteilten, ihn zur Aufnahme der Hypothek und zum Empfang und zur Quittierung des Geldes ermächtigenden Vollmacht auszuweisen hatte, auf welcher die Unterschrift der angeblichen Hauseigentümersin notariell beglaubigt war.

Es kam sodann zur Ausfertigung des Schuldscheines und zu dessen Fertigung durch die angeblliche Barbara Kovät, deren Unterschrift abermals vom Notar beglaubigt wurde.

Der Vertreter der Geschädigten schritt nunmehr bei dem Prager Ziviltribunal an die grundsätzliche Eintragung des Schuldscheines ein und nun kam es zu eigenartigen Erscheinungen, mit denen sich wohl auch die Justizaufsichtsorgane befassen dürften.

Bei dem Prager Ziviltribunal Grundbuchangelegenheiten anhängig machte und auf die Erledigungen oft monatelang warten muß, wird überrascht sein, zu hören, daß der Vertreter der Darlehenswerberin

schon am Tage nach der Einbringung des Gesuches, d. h. am 9. März l. J., in der Lage war, die schriftliche Ausfertigung des gerichtlichen Beschlusses über die grundsätzliche Eintragung der Hypothek nebst dem mit der Bestätigung über die erfolgte Eintragung versehenen Schuldscheine und dem neuen Grundbuchsanzuge dem Gläubiger behufs Auszahlung des Darlehens vorzulegen.

Das noch geltende österreichische Grundbuchgesetz enthält genaue Vorschriften über die Zustellung von grundbuchsrechtlichen Erledigungen und bestimmt insbesondere, daß solche demjenigen, dessen Recht durch die Eintragung belastet, beschränkt oder übertragen werden soll, von ihr zu eigenen Händen zu verständigigen sei. Damit diese Zustellung durch die Post oder gerichtlichen Organe so verläßlich bewerkstelligt werde, ist die Anordnung getroffen, daß die Erledigung in diesem Falle in einem gelben Kuvert zugestellt werde.

Und wie geschah es in diesem Falle?

Obwohl der Vertreter der angeblichen Kovät in seinem Antrage ersucht hatte, es solle die für seine Klientin bestimmte Ausfertigung ihm selbst zugestellt werden, verfügte der Grundbuchsrichter dem Gesetze gemäß, daß die Zustellung des Beschlusses an die Kovät unter der Adresse ihres Hauses in Prag II, Wassergasse, erfolge, welche auch sodann auf dem Briefumschlag angeführt war, und nun geschah das Merkwürdige:

Ohne daß im Akte ein Anhaltspunkt hierfür bestand, wurde die Adresse auf dem Kuvert nachträglich von irgendeiner Person, die daran ein Interesse hatte, durchgetrichen und eine andere Adresse in Prag II, angegeben, unter der die Zustellung, und zwar offensichtlich

gelegenes Fenster in die Kasse ein. Der Schaden ist durch Versicherung gedeckt. Nach den Tätern wird gefahndet.

Amerika eingeschneit. Seitern Sonntag gab es in den Vereinigten Staaten ein kleines Naturwunder. Nach vielen Jahren war wiederum das gesamte amerikanische Festland von San Francisco bis New York von einer Schneedecke bedeckt. In New York fielen 7 Zentimeter Schnee und Tausende von Arbeitslosen waren mit der Schneeräumung aus den Straßen der Stadt beschäftigt. Im Staat Ohio erzielte der Schneesturm fast Orkanstärke. In Chicago schneite es ebenfalls ausgiebig. In San Francisco dauerte der Schneefall drei Tage an, hier sank die Temperatur beträchtlich unter den Gefrierpunkt.

Mysteriöse Einzelheiten einer Millionenaffäre.

erst am 15. März, John sechs Tage, nachdem bereits der Vertreter der Kovät die Erledigung erhalten hatte, versucht wurde, jedoch nicht bewerkstelligt werden konnte, da die Hauseigentümersin in dem angegebenen Hause ganz unbekannt war.

Man würde annehmen, daß die Gerichtslanzlei, wenn sie auf diese Weise durch das von der Post zurückgestellte Kuvert davon erfahren würde, daß die Eigentümerin eines Prager Hauses in denselben unbekannt sei, hievon, wie es übrigens auch vorgefährten ist, unverzüglich den zuständigen Grundbuchsrichter verständigen würde, der sodann gemäß sofort Verdacht hegt; und zumindest den Vertreter der Partei von dem Zustellungsantrage in Kenntnis setzt und ihn zur Angabe der richtigen Adresse der von ihm vertretenen Hauseigentümersin aufgefordert hätte; dies geschah jedoch nicht, sondern das als ungeschicklich zurückgestellte, die gerichtliche Erledigung enthaltende gelbe

Kuvert wurde ganz einfach weggelegt,

so daß die Eigentümerin von der Eintragung gar nicht verständigt wurde und die Sache nicht zum Vorschein gekommen wäre, wenn nicht der Präsident des Ziviltribunals, als der Betrag der beiden Frauen hervor kam, einen Obergerichtsrat mit der Untersuchung betraut hätte, der alle das Haus betreffenden Akten und Belege unter Sperrschlüssel, mit den Vertretern der Parteien untersuchte und die genannten Tatsachen feststellte.

Wie jedermann einleuchten muß, wäre es zur Auszahlung des Darlehens an den Vertreter der beiden Geschädigten entweder überhaupt nicht gekommen oder aber wäre wohl alles Geld oder ein großer Teil desselben aufgebraucht worden, wenn die Zustellung der gerichtlichen Erledigung an die Hauseigentümersin der Verfügung des Grundbuchsrichters gemäß unter der von ihm angegebenen Adresse ihres Prager Hauses versucht worden wäre; denn dann wäre wohl gleich in demselben dem Postzustellungsorgane von dem Hausbesitzer oder irgendeinem der Mieter die richtige Lieferadresse der Frau Kovät angegeben worden, die wohl, wenn sie auf diese Weise von der ohne ihr Wissen erfolgten betrügerischen Eintragung Kenntnis erlangt hätte, zu derselben kaum geschwiegen, sondern sofort das nötige veranlaßt hätte, um den Schwindel aufzudecken. Aber selbst wenn der Grundbuchsrichter erst durch den zurückgestellten gelben Briefumschlag von der Unzulässigkeit desselben erfahren hätte und sofort in entsprechender Weise eingeschritten wäre,

hätte der Betrag noch in einem solchen Zeitpunkt aus Tageslicht kommen müssen, in welchem der Täterin zumindest ein bedeutender Teil der Summe abgenommen werden konnte,

zumal ja der geschädigte Wohlfahrtsverein abgesehen von dem Betrage von K 496.000.—, der auf die von der Kreditanstalt der Deutschen übernommene für sie grundbuchsrechtlich festgestellte Forderung bezahlte wurde und den auf die Zeit bis zum 30. Juni ersfallenden Zinsen den ganzen Darlehensbetrag an den laut notariell beglaubigter Vollmacht von der fälschen Frau Kovät zum Geldempfang ermächtigten Vertreter derselben auszahlen ließ.

Nach gewisse andere Tatsachen erscheinen aber der Aufklärung bedürftig:

von der Errichtung des Schuldscheines und der Eintragung des Pfandrechtes wurde vorschriftsmäßig vom Gerichte auch das Prager Grundbuchsamt verständigt, welches von den beiden Akten die gesetzliche Gebühr vorrichtete und von dieser Bescheinigung mittels Zahlungsauftrages den Gläubiger und die Schuldnerin, sowie die richtige Frau Kovät, und zwar gleichfalls zu eigenen Händen zu verständigen hatte; es wäre jedenfalls nicht uninteressant, zu erfahren, an wen und wann die für die Hauseigentümersin bestimmte Ausfertigung des Gebührenzahlungsauftrages zugestellt wurde.

Schließlich sei noch erwähnt, daß der Wohlfahrtsverein als Bedingung der Bewilligung des Darlehens auch bestimmt hatte, daß die Summe der Zinsenversicherung des Hauses auf eine entsprechende Summe erhöht und dieselbe für den Verein inkultet werde, was in der Weise bewerkstelligt wird, daß die Versicherungsgesellschaft die schriftliche Erklärung abgibt, daß sie im Schadensfalle einen Ersatzbetrag nur an den Gläubiger, bzw. nur mit dessen Einwilligung an die Hauseigentümersin auszahlen wird.

Es dürfte wohl nicht unwichtig sein, zu erfahren, wer diese Inkultetierung bei der Versicherungsgesellschaft: Wöniq erwirkte und von ihr von der Durchführung derselben in Kenntnis gesetzt wurde.

Wir gehen gewiß nicht fehl, wenn wir annehmen, daß die Untersuchungsbehörde auch alle Tatsachen, die hier angeführt wurden, zum Gegenstande einer eingehenden Untersuchung machen wird, die

vielleicht noch zu überraschenden Ergebnissen führen dürfte.

Noch eine Tatsache ist im Zuge der Erhebungen zum Vorschein gekommen: Die Betrügerinnen haben sich nicht damit begnügt, dem Wohlfahrtsverein den Betrag von K 750.000.— herauszuziehen, sondern es ist ihnen auch gelungen, diese Forderung wenigstens zum Teil in die vereinbarte höherliche Rangordnung zu bringen.

Der Verein hatte die Gewährung der Hypothek an die Bedingung geknüpft, daß aus dem Betrage des Darlehens die im Range vorrangigste Forderung der Kreditanstalt der Deutschen von 600.000 Kronen zu tilgen sei und daß die Bezahlung derselben gegen Rückzahlung der Rubrik des Anlehens um die Anmerkung der Rangordnung zu erfolgen hatte, wie es auch dann tatsächlich geschah.

Da die Wirkungen dieser Anmerkung ohnehin im August l. J. ablaufen sollte, nahm der Verein, um Kosten zu ersparen, davon Abstand, um die Lösung der Anmerkung anzufuchen.

Nachdem der Vertreter der fälschen Kovät den Sekretär des Verbandes, er möge ihm jene Rubrik leihen, da seine Mandatlinie die Rangamterung zur Lösung bringen lassen würde; nichtsahnend entsprach der Sekretär dem Ansuchen, war aber nicht wenig überrascht, als dem Verein ein gerichtlicher Befehl zukam, laut welchem nicht die Lösung der Anmerkung, sondern in der Rangordnung derselben, John vor der Forderung des Vereines die Eintragung einer Forderung des Widow Kinostensky statt von 80.000 Kronen durchgeführt wurde.

Als der Vereinssekretär diesen Mißbrauch mit dem Vertreter der fälschen Kovät geliehene Rubrik wahrnahm, schlug er sofort Alarm und drängte allen Beteiligten mit der Erstattung der Strafanzeige, was aus nunmehr begreiflichen Gründen für diejenigen, die eine Strafanzeige zu befürchten hatten, Anlaß war, durch nachträgliche Einräumung des höherlichen Vorranges für die Forderung des Vereines die Erstattung der Anzeige zu verhindern.

Nach dieser Vorfälle zeigt zur Genüge, daß offenbar noch andere Personen den Betrügerinnen bei ihren Manipulationen mit Rat und Hilfe zur Seite standen.

Volkswirtschaft und Sozialpolitik

Tschschowakische Industrie- und Handelsaktiengesellschaften im Jahre 1931.

Nach einer Aufstellung des staatlichen statistischen Amtes in Prag gab es im Jahre 1931 in der Tschschowakische 1344 Industrie- und Handelsaktiengesellschaften, welche ein Aktienkapital von 8.468.593.000 K6 besaßen. Die quantitative Verteilung bzw. die Kapitalsintensität stellte sich folgendermaßen dar:

Kapital:	Anzahl:	Gesamtkapital:
bis 1 Mill.	468	270.848.000
von 1 bis 5	503	1.398.896.000
von 5 bis 10	189	1.408.718.000
von 10 bis 50	167	3.698.191.000
von 50 bis 100	12	844.000.000
über 100	5	848.000.000

Nach Betriebszweigen geordnet entfallen mengenmäßig die meisten Aktiengesellschaften auf die Nahrungsmittelindustrie (289), die Metallindustrie (162) und das Handelsgewerbe (129). Nach der Kapitalbesetzung steht aber an erster Stelle der Bergbau mit 1,32 Milliarden mit nur 58 Gesellschaften, die Metallindustrie mit 1,31 Milliarden und die Nahrungsmittelindustrie mit 1,21 Milliarden.

Gerichtssaal

Eine Arbeiterin stirbt.

Der Herr Dienstherr ist unschuldig.

Prag, 18. Dezember. Der Vertreter einer Arbeiterin war heute Gegenstand einer Verhandlung, bei der Herr Oskar Lomanu präsidierte. Die landwirtschaftliche Arbeiterin Anna Bokul war bei dem Großgrundbesitzer Josef Chmel in Trebuzice beschäftigt, einem agrarischen Zweierhof mit großen Formaten. Der Herr Dienstherr hat auch eine Sandgrube im Betrieb, eine Sandgrube, von der die Sachverständigen sagen, daß sie unsachmännlich abgebaut wurde und in einer Weise, die das Leben der dort beschäftigten Arbeiter gefährden mußte. Die Sachverständigen stellen ausdrücklich fest, daß die Sandgrube in defizitärem Zustand gewesen sei. Der obere Rand hing über und hätte längst abgebaut werden sollen.

Am 26. Juli d. J. schickte der Herr Dienstherr die Anna Bokul auf Arbeit in diese Grube. Sie weigerte sich zuerst, da sie die Gefahr dieser Arbeit kannte. Der Herr Großgrundbesitzer aber bestand auf seinem Willen: „Nimmere dich nicht um das Geldmänn und mach“, daß du an die Arbeit kommst!“ Anna Bokul ging — ihren Todessgang. Denn kaum hatte sie angefangen, den Sand abzuhaufen, stürzte die überhängende Schicht ab und begrub die Arbeiterin unter sich. Sie starb einen schrecklichen Erstickungstod. Dies in der Sachverhalt, wie ihn die Akte darstellt.

Der Herr Dienstherr wurde der fahrlässigen Lösung angeklagt. Er verteidigte sich damit, die Arbeiterin habe sich trotz seiner Warnung an der gefährlichen Stelle zu schaffen gemacht. Aus Uebermut vermittelte, oder um dem Herrn Dienstherr Ungelegenheiten zu machen. In solchem Fall muß natürlich der Herr Dienstherr freigesprochen werden. Was auch prompt geschah. Kommentare zu gerichtlichen Urteilen sind nach dem Gesetz unzulässig! rb.

